



Thomas Jurk

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Landesgruppe Sachsen

Thomas Jurk MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Thomas Jurk MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227-73628

Fax: (030) 227-76628

E-Mail: thomas.jurk@bundestag.de

www.thomas-jurk.de

Bericht aus Berlin vom 13. April 2018

Die neue Bundesregierung hat inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Die SPD tritt in der Bundesregierung mit einem kompetenten und motivierten Team von Ministerinnen und Ministern an, die jetzt die Umsetzung des Koalitionsvertrags angehen werden. Wir wollen, dass die Verbesserungen, die wir im Koalitionsvertrag zum Beispiel in der Bildungs- und in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, bei der Rente, der Pflege und dem Wohnungsbau durchgesetzt haben, schnell für die Menschen spürbar werden. Als Bundestagsfraktion werden wir die Regierung tragen, aber mehr als bisher wollen wir durch unsere Arbeit auch deutlich machen, wo Unterschiede zwischen Union und SPD bestehen. In den beiden letzten Sitzungswochen nutzten die neuen Ministerinnen und Minister die Gelegenheit, in Reden vor dem Deutschen Bundestag ihre Ziele und ihr Arbeitsprogramm zu umreißen.

Unser neuer Vizekanzler und Bundesfinanzminister, Olaf Scholz, hielt eine Regierungserklärung im Bundestag, in der er betonte, Deutschland stehe wirtschaftlich sehr gut da. Dennoch herrsche bei vielen Menschen ein Gefühl von Skepsis vor, von Spaltung. Das zu überwinden, sei für ihn eines der wichtigsten Vorhaben. Unmissverständlich machte Scholz klar, dass wir weiterhin eine solide Haushaltspolitik brauchen. Darum bleibe die schwarze Null bestehen. Aufgrund der guten Konjunktur gibt es derzeit breite Gestaltungsspielräume. Damit es auch künftig gutes Wachstum in Deutschland gibt, investiert die Koalition in Bildung und Forschung, in die Infrastruktur, in kostenfreie Kitas sowie in Ganztagschulen. Und für den sozialen Zusammenhalt wollen wir mehr tun. Dazu gehört mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, mehr Kindergeld und ein stabiles Rentenniveau. Scholz kündigte auch Veränderungen in der Europa-Politik an. Deutschland habe ein großes Interesse an einem Europa, das funktioniert. Er bekräftigte, die EU zukunftsfester zu machen – unter klarer parlamentarischer Kontrolle.

Im Ministerium für Arbeit und Soziales werden die Weichen für gute Arbeit im Land gestellt. Hubertus Heil sieht sein Ressort an vorderster Front beim Zusammenhalt der Gesellschaft. In den Mittelpunkt will der Minister die Sorgen der Menschen stellen. Denn obwohl Deutschland ein starkes Land sei, sehen wir viel Skepsis und Zukunftsängste. Die Antwort darauf sei ein starker, vor allem verlässlicher Sozialstaat, der allen die Chance auf ein selbstbestimmtes und freies Leben garantiere: Mit Vollbeschäftigung, guter Lohnentwicklung, anständigen Arbeitsbedingungen. Das Rentenniveau, aber auch die Rentenbeiträge sollen die nächsten Jahre stabil gehalten werden. Dazu kommt die neue Grundrente, die über der Grundsicherung liegt. Auch für Kinder und Jugendliche will Heil noch bessere Perspektiven schaffen. Insbesondere die Kinderarmut werde er bekämpfen, versprach der Minister. So wolle er vor allem den Kinderzuschlag ausbauen.

Die designierte Ministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, Svenja Schulze, formulierte ihr Anliegen, unsere Lebensgrundlagen zu schützen: ein stabiles Klima, saubere Luft, sauberes Wasser und eine intakte Natur. Sie will in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal ein Klimaschutzgesetz vorlegen, das verbindlich sicherstellt, dass wir unsere Klimaziele für 2030 erreichen werden. Zu ihren größten Aufgaben gleich zu Beginn zählt sicher die saubere Luft in den Städten. Sie sei keine Freundin von Fahrverboten. Um diese zu vermeiden, bräuchten wir innovative und kreative Lösungen. Daran werde sich die gesamte Bundesregierung beteiligen.

Die neue Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Franziska Giffey, betonte, dass ihr zunächst die frühkindliche Bildung und ein neues Gesetz für mehr Kita-Qualität wichtige Anliegen sind. Weitere Schwerpunkte ihrer Arbeit sieht sie in der Bekämpfung von Kinderarmut, in der Aufwertung sozialer Berufe und im besseren Schutz von Frauen vor Gewalt.

Katarina Barley kündigte an, sich in ihrem neuen Amt neben der Rechtspolitik auch für den Verbraucherschutz stark zu machen, denn wie eine starke Justiz sei auch ein wirkungsvoller Verbraucherschutz vor allem eine Frage der Gerechtigkeit.

Die deutsche Außenpolitik hat sich in den vergangenen Jahrzehnten immer durch ruhiges und besonnenes Vorgehen und durch eine konsequente Vermeidung von Säbelrasseln und markiger Sprüche ausgezeichnet. Diese Politik wird unser neuer Außenminister Heiko Maas fortsetzen. Klar ist: In einer Welt, in der einstige Partner mit ihrem außenpolitischen Kurs Zweifel an ihrer Zuverlässigkeit aufkommen lassen, kann die Zukunft nur in der Stärkung einer gesamteuropäischen Außenpolitik liegen.